

**Umsetzung der Beschlüsse von Paris
in München – Vorstellung der Kurzstudie
„Was bedeutet das Pariser Abkommen
für den Klimaschutz in Deutschland?“**

Antrag Nr. 14-20 / A 01916 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN/ RL vom 11.03.2016

2 Anlagen

Anlage 1: Antrag

Anlage 2: Greenpeace-Studie „Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland?“

Beschluss des Umweltausschusses 

vom 07.06.2016 (VB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag der Referentin	1
1 Anlass	1
2 Studieninhalte – Zusammenfassung	2
3 Auswirkungen der Greenpeace-Studie auf die Münchner Klimaschutzaktivitäten	4
4 Nachtragsbegründung	5
II. Antrag der Referentin	5
III. Beschluss	5

I. Vortrag der Referentin

1 Anlass

Die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/Rosa Liste hat am 11.03.16 beantragt (siehe Anlage 1), die im Auftrag von Greenpeace vom *NewClimate Institut* in Köln erstellte Studie „Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland?“ (siehe Anlage 2) im Stadtrat vorzustellen, um einen umfassenden Überblick zu bekommen.

2 Studieninhalte – Zusammenfassung

Mit den derzeit beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen aller Länder zeichnet sich in den aktuellen Szenarien eine Stabilisierung der globalen Emissionen während der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ab. Dies würde zu einer Erderwärmung von 3,6°C bis zum Jahr 2100 führen. 2,7°C in 2100 könnten erreicht werden, wenn die im Rahmen der Pariser Klimaschutzkonferenz im Dezember 2015 vorgeschlagenen nationalen Klimaschutzmaßnahmen vollumfänglich umgesetzt und über 2030 hinaus in ähnlichem Umfang fortgeführt würden. Um den Temperaturanstieg in 2100 unter 1,5°C zu halten sind jedoch noch erheblich größere Anstrengungen notwendig.

Auf der **Klimaschutzkonferenz in Paris** im Dezember 2015 haben fast 200 Länder ein Klimaschutzabkommen beschlossen, das vorsieht, die Treibhausgasemissionen soweit zu reduzieren, dass die Erderwärmung auf 1,5°C bis 2100 begrenzt wird. Die globalen Treibhausgasemissionen sollen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf Null gesenkt werden. Dies erfordert größere Klimaschutzanstrengungen als bisher geplant. Das nun vorliegende Gutachten im Auftrag von Greenpeace „übersetzt“ nun die neuen Ziele für die Klimapolitik in Deutschland. Sie vergleicht bereits vorhandene Klimaschuttszenarien und zieht daraus Schlussfolgerungen¹.

Die Studie geht nicht davon aus, dass die CCS-Technik² in Deutschland in naher Zukunft eingesetzt werden wird und berücksichtigt diese Technologie daher bei ihrer Betrachtung nicht. Weiter werden auch keine Technologien berücksichtigt, die eine CO₂-Entfernung aus der Luft ermöglichen³, wie es bei vielen globalen Szenarien der Fall ist⁴. Weiter geht die Studie davon aus, dass der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland bis 2022 weiterverfolgt wird.

Die **Kernaussagen der Studie** sind:

- Die globalen CO₂-Emissionen aus der Energieerzeugung und -nutzung, sowie aus der Land- und Forstwirtschaft müssten bis ca. 2035 null erreichen.
- Aus der historischen Verantwortung heraus müssten Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen früher als der globale Durchschnitt auf null reduzieren. Dies bedeutet, dass die CO₂-Emissionen in Deutschland schon vor 2035 auf null

1 „Da die Literatur nur unzureichend 1,5°C kompatible Szenarien für Deutschland abdeckt, werden globalen Szenarien und das für 1,5°C zur Verfügung stehende CO₂-Budget zugrunde gelegt.“ (Quelle: Greenpeace-Studie „Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland?“)

2 CCS: carbon capture and storage; Verfahren, bei denen das entstehende CO₂ abgeschieden und gelagert wird. Durch diese Technik soll verhindert werden, dass das CO₂ in die Atmosphäre gelangt und zum Voranschreiten des Klimawandels beitragen kann. (Quelle: Lexikon der Nachhaltigkeit auf <http://www.nachhaltigkeit.info>)

3 Technologien, die die Nutzung von Biomasse in Verbindung mit CO₂-Abscheidung und Speicherung bewerkstelligen könnten, bergen erhebliche Risiken und Probleme in der Praxis. (Quelle: Greenpeace-Studie „Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland?“)

4 Dies bedeutet, dass keine „negativen Emissionen“ berücksichtigt werden. Es gibt derzeit keine modellierten globalen Szenarien, die ohne negative Emissionen rechnen. Unter dieser Voraussetzung müssen die Anstrengungen, das 1,5°C-Ziel zu erreichen, erheblich größer sein, als bisher bei allen globalen Szenarien angenommen. (Quelle: Greenpeace-Studie „Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland?“)

reduziert werden müssten.

- Vor dem Jahr 2035 müsste der Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix in Deutschland 100% erreichen. Dies betrifft die Bereiche Stromerzeugung, Gebäudewärme, Industrie und Transport. Dies bedeutet, dass im Vergleich zu den jetzigen Ausbauzielen der Zubau erneuerbarer Energien drastisch beschleunigt werden müsste. 2030 sollte eine 100%ige Versorgung aus erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Stromerzeugung erreicht sein.
- Deutschland müsste bis ca. 2025 aus der Stromproduktion aus Braun- und Steinkohle aussteigen. Zusätzlich müsste fossiles Erdgas in der Stromerzeugung bis 2030 ersetzt sein.
- Im Verkehrsbereich müsste der Anteil an Verbrennungsmotoren zügig ersetzt werden durch alternative Antriebssysteme, wie z.B. die Elektromobilität. Außerdem müsste eine deutlich Verkehrsvermeidung und -verlagerung umgesetzt werden. Die Studie nimmt an, dass der Individualverkehr 10% pro Dekade zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs abnehmen muss, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen. Zusätzlich muss eine Elektrifizierung des Individualverkehrs zu 100% bis 2035 erfolgt sein.
- In Deutschland müsste die Sanierungsrate im Gebäudesektor auf 5% jährlich steigen. Der Bestand müsste bis 2035 vollständig renoviert sein. Alle Neubauten müssten den Nullenergie-Standard⁵ erfüllen.
- Im Bereich der Industrie müsste die Energieeffizienz deutlich erhöht werden und eine Elektrifizierung der Industrieprozesse ausgebaut werden. Außerdem müsste die Forschung und Entwicklung vorangetrieben werden.
- Die Emissionen aus Land- und Forstwirtschaft müssten auf null gesenkt werden. Dies könnte etwas später erfolgen als bei den energiebedingten Emissionen.

Da bereits ein Großteil des verfügbaren CO₂-Budgets für eine Erderwärmungsbegrenzung auf 2°C bzw. 1,5°C verbraucht ist, sei es sehr ambitioniert, das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen. Die kumulativen Emissionen im Laufe dieses Jahrhunderts sind nach Aussage der Studie ausschlaggebend dafür, wie sich die Erderwärmung entwickeln wird. *Jetzt* müssten Maßnahmen ergriffen und umgesetzt werden.

Tabelle 1 in der Zusammenfassung der Greenpeace-Studie (Anlage 2) zeigt, welche Ziele sich die Bundesregierung bereits gesetzt hat und welche Anstrengungen unternommen werden müssten, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen. Bei den Themen Treib-

hausgasemissionen aus Energienutzung, Ausstieg aus der Stromerzeugung mit fossilen Brennstoffen, Emissionen aus der Industrie und Land- und Forstwirtschaft habe sich die Bundesregierung noch auf keine Ziele verständigt.

⁵ Nullenergie-Standard: Energiestandard für Gebäude, durch den erreicht wird, dass der jährliche externe Energiebezug des Gebäudes deckungsgleich ist mit der eigens im Gebäude erzeugten Energie (z.B. durch Photovoltaik und Erdwärme).

Allgemein betrachtet die Studie bei der Verteilung der globalen Emissionen auf die einzelnen Länder nur kostenoptimierte Ansätze⁶. Es wird dort reduziert, wo es am günstigsten ist. Die Studie stellt vor, dass bei dieser Betrachtung in den OECD-Ländern im Vergleich zu allen anderen Ländern die Treibhausgasemissionen ca. zehn Jahre schneller, aber spätestens bis 2035, auf null gesetzt werden müssten.

3 Auswirkungen der Greenpeace-Studie auf die Münchner Klimaschutzaktivitäten

Im Rahmen des vom Öko-Institut e.V. zu erarbeitenden Fachgutachtens „Klimaschutzziel und -strategie München 2050“ werden neueste Erkenntnisse aus der Forschung und fachverwandten Studien berücksichtigt. Im Rahmen dieses Gutachtens, das dem Stadtrat Ende 2016 vorgestellt werden soll, wird das Öko-Institut Ziele für das Jahr 2050 vorstellen und Szenarienberechnungen für München durchführen. Das Fachgutachten wird in Abstimmung mit den anderen, von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Studien zur 2.000-Watt-Gesellschaft⁷ und der Perspektive München⁸ erstellt. Das Fachgutachten ist eine weitere fachliche Grundlage für die städtische Klimaschutzstrategie, sowie für den Prozess des „Integrierten Handlungsprogramms Klimaschutz in München (IHKM)“. Nach jetzigen Stand der Prüfung durch den Fachgutachter sind die Ziele der Bundesregierung für das Jahr 2050 – heruntergebrochen für München – sehr ambitioniert. Dies liegt auch daran, dass der Anteil der zu reduzierenden Emissionen aus der Land- und Forstwirtschaft nicht auf München übertragbar ist. Das 1,5°C-Ziel der Pariser Klimaschutzkonferenz ist aufgrund seiner globalen Betrachtung sehr schwer auf eine Großstadt zu übertragen. Die Greenpeace-Studie kommt zu dem Schluss, dass die jetzt gültigen Bundesziele nicht ausreichen werden, um eine Erderwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen. Vor diesem Hintergrund sind für die Münchner Klimaschutzpolitik mindestens die derzeit gültigen Bundesziele als Maßstab anzulegen, damit ein angemessener Beitrag der Landeshauptstadt geleistet werden kann. Das RGU erhofft sich durch den Endbericht des Fachgutachtens des Öko-Instituts konkrete Handlungsempfehlungen.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

6 Die Verteilungsgerechtigkeit wird hier außer Acht gelassen. Länder mit niedrigeren historischen Emissionen könnten das Recht bekommen, künftig mehr zu emittieren als Länder mit historisch hohen Emissionen. Für Deutschland würden Ansätze mit Verteilungsgerechtigkeit laut Studie in den meisten Fällen zu noch strikteren Emissionsreduktionen führen würde. (Quelle: Greenpeace-Studie „Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland?“)

7 „Fachgutachten für die 2.000-Watt-Gesellschaft in der Landeshauptstadt München“; Auftragnehmer: intep – Integrale Planung GmbH

8 „Zukunftsschau München 2040+“; Auftragnehmer: Frauenhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO

4 Nachtragsbegründung

Es war vorgesehen, den Antrag der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/Rosa Liste zusammen mit dem Bericht zum Fachgutachten des Öko-Instituts „Klimaschutzziel und -strategie München 2050“ im Herbst in den Umweltausschuss einzubringen. Auf ausdrücklichen Wunsch der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/Rosa Liste soll der Antrag jedoch ohne Fristverlängerung im Umweltausschuss am 07.06.16 behandelt werden. Wegen der Komplexität des Themas konnte die vorgegebene Frist nicht eingehalten werden.

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger, die zuständige Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Heide Rieke, sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

- 1 Der Stadtrat nimmt den Vortrag der Referentin zur Kenntnis.
- 2 Der Antrag Nr. 14-20 / A 01916 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
- 3 Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag. Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit bleibt der Vollversammlung des Stadtrates vorbehalten.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III. (Beglaubigungen)
über den stenographischen Sitzungsdienst
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-S-SB
- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-S-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).